



Presseinformation

München, den 5. Juli 2021

Vermögen der Wohlhabendsten steckt vor allem in Betrieben Vermögensteuer führt zu Substanzverzehr

Große Vermögen sind stärker betrieblich gebunden als dies amtliche Statistiken und Erhebungen ausweisen. Das geht aus einer Studie der Stiftung Familienunternehmen hervor, die vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erstellt worden ist. Die Forscher entwickelten einen Ansatz, um das Betriebsvermögen möglichst realitätsnah zu bewerten. Sie schätzen das von Privatleuten gehaltene Betriebsvermögen 2017 auf 2,4 bis 3,1 Billionen Euro. Das ergibt sich aus einer Stichprobe von knapp 4.500 Unternehmen in Kombination mit Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank, die das IW ausgewertet hat. Bei alleiniger Betrachtung der Befragungsdaten ohne ergänzende Bewertung ergaben sich dagegen Betriebsvermögen von nur 1,1 Billionen Euro.

Die Studie untersucht systematisch die Bedeutung der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung. Das Vermögen des wohlhabendsten Prozents der Bevölkerung ist demnach zu 56 bis 65 Prozent im Betrieb gebunden. Den Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank zufolge sind es nur 39 Prozent. Dass bei den Wohlhabendsten der Großteil des Vermögens aus Betriebsvermögen besteht, hängt mit der Wirtschaftsstruktur Deutschlands zusammen. In Deutschland sind viele große Familienunternehmen tätig, die gerade auch in ländlichen Regionen Wohlstand und Arbeitsplätze sichern.

Betriebsvermögen nimmt eine besondere Rolle unter den Vermögenskomponenten ein. „Anders als im Fall von liquiden Finanzanlagen handelt es sich bei Betriebsvermögen um gebundenes Kapital, welches produktiv eingesetzt wird und an dem viele Arbeitsplätze hängen“, heißt es in der Studie. „Familienunternehmen tragen maßgeblich dazu bei, in allen Teilen Deutschlands gleiche Lebensbedingungen herzustellen. Das in ihnen gebundene, langfristig orientierte Vermögen dient dazu, Arbeitsplätze zu schaffen“, sagt Professor Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Auf Familienunternehmen entfallen fast 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland.

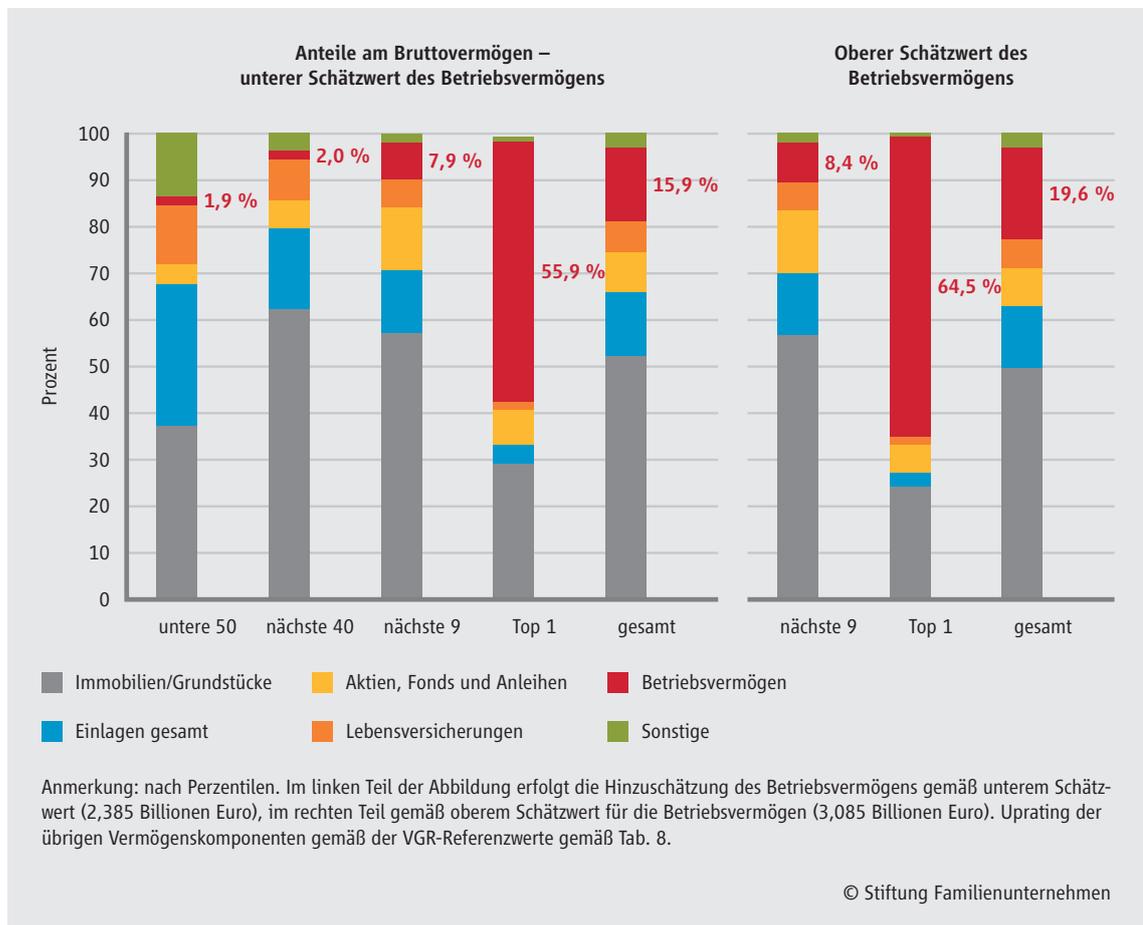
Das IW warnt davor, das Betriebsvermögen durch eine Vermögensteuer zu schmälern. „Eine Vermögensteuer würde vor allem die Substanz von Unternehmen gefährden, deren Gewinne zumindest in einigen Branchen bereits durch die Corona-Krise stark belastet sind“, schreiben die Forscher. „Eine Vermögensteuer würde die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise erschweren und negative Rückwirkungen auf Beschäftigung und andere Steuerarten auslösen.“ Die Forscher weisen darauf hin, dass Betriebsvermögen in Familienunternehmen in vielen Fällen Verfügungsbeschränkungen unterliege und deshalb nicht kurzfristig verkauft werden könne. Dies habe gesamtwirtschaftlich eine stabilisierende Wirkung.

In der Studie führen die Forscher aus, dass eine Vermögensteuer von einem Prozent zu einer zusätzlichen Ertragssteuerbelastung von knapp zehn Prozent führen würde. Diese zusätzliche Belastung ergibt sich bei einer Umsatzrendite von acht Prozent. Die Forscher weisen darauf hin, dass Deutschland heute schon zu den Höchststeuerländern für Unternehmen zählt. Betriebsvermögen diene unter anderem dazu, die Eigenkapitalbasis von Unternehmen zu stärken und sie weniger krisenanfällig zu machen.

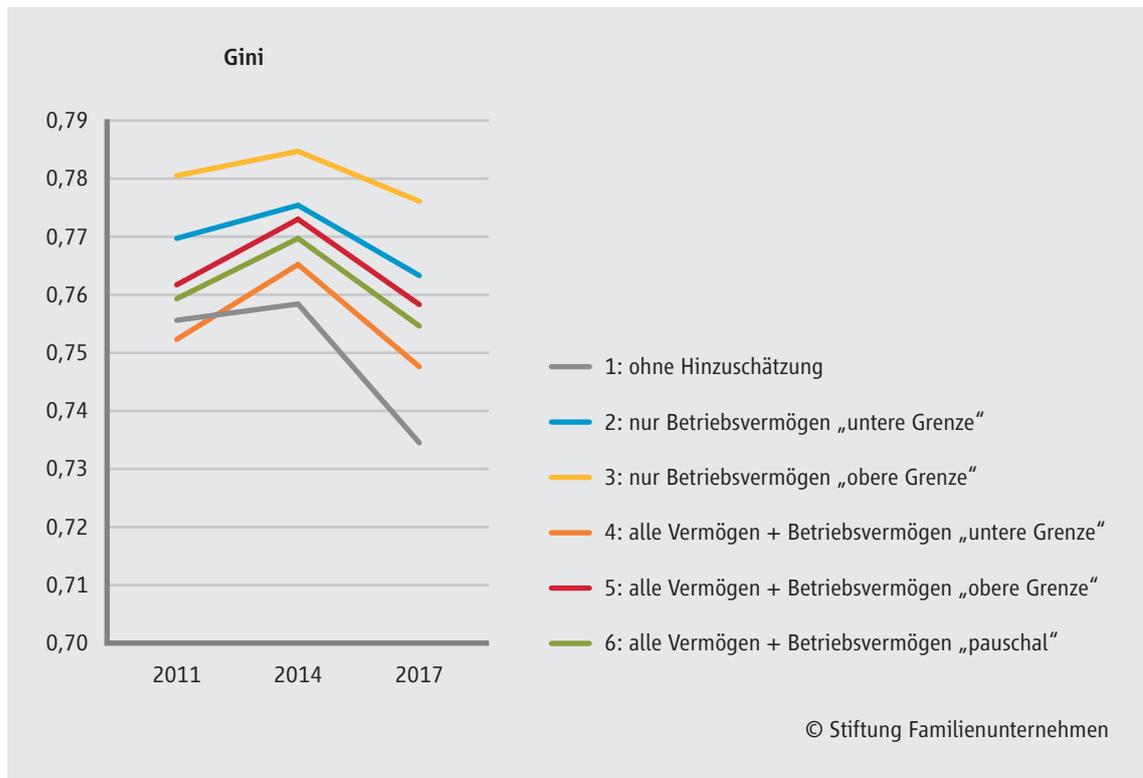
„Eine Vermögensbesteuerung verhindert die Stärkung der Eigenkapitalbasis und kann darüber hinaus in die Substanz von Unternehmen eingreifen, da sie unabhängig davon anfällt, ob dem Vermögen ein Ertrag entgegensteht.“ Insbesondere in Zeiten mit niedrigen oder ausbleibenden Gewinnen sei durch die Steuer ein Substanzverzehr zu erwarten. Dann müssten zum Beispiel Maschinen verkauft oder Investitionen zurückgestellt werden, um Liquiditätsengpässe zu verhindern, heißt es in der Studie.

Insgesamt stellen die Forscher fest, dass sich die Vermögensungleichheit in den vergangenen Jahren trotz steigender Aktien- und Immobilienpreise nicht verändert hat. Inklusive der in der Studie erfolgten Hinzuschätzungen stieg die Ungleichheit zwar in den Jahren 2011 bis 2014 leicht an, sank dann aber wieder deutlich und lag im Jahr 2017 etwas unterhalb des Niveaus des Ausgangsjahres 2011.

Portfoliostruktur inklusive Hinzuschätzung und Uprating



Einfluss der Hinzuschätzung auf die Entwicklung der Ungleichheit



» [Download der Abbildungen](#)

» [Download Studie „Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung“](#)

Weitere Informationen:

Volker Haab
Referent Kommunikation
Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München
Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 03
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
haass@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

[@StiftungFamUnt](#)

[Erklär-Videos](#)